

Stand: 02.07.2026 14:33:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9916

"Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen - Zweckgebundene Ausnahme nur für die Arbeitsmigration"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9916 vom 06.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11408 des BV vom 10.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026
4. Beschluss des Plenums 19/12447 vom 17.06.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 17.06.2026



Antrag

der Abgeordneten **Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte, Daniel Halemba** und **Fraktion (AfD)**

Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen – Zweckgebundene Ausnahme nur für die Arbeitsmigration

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) einzusetzen. Die Zulassung von Fremdsprachen bei der theoretischen Prüfung ist von einer allgemeinen Gefälligkeit zu einem gezielten Steuerungsinstrument umzubauen:

- Deutsch als Standard: Die theoretische Fahrerlaubnisprüfung ist als Regelfall in deutscher Sprache abzulegen.
- Englisch nur bei Zweck-Einreise zur Arbeit: Die Option, die Prüfung in englischer Sprache zu absolvieren, wird exklusiv auf Personen beschränkt, die nachweislich zum Zweck der Arbeitsaufnahme nach Deutschland eingereist sind (Inhaber eines Visums/Aufenthaltstitels nach dem 4. Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), z. B. Fachkräfte, Spezialisten und ausdrücklich auch Hilfskräfte in Mangelberufen wie der Pflege).
- Ausschluss für sonstige Zuwanderung: Für alle Personen, die aus anderen Gründen (insbesondere humanitäre Gründe, Asyl oder Familiennachzug ohne direkten Arbeitsmarktzugang) im Bundesgebiet aufhältig sind, entfällt jede Fremdsprachenoption.
- Streichung der übrigen 11 Sprachen: Der bisherige Katalog von 12 Fremdsprachen wird auf die einzige Ausnahme Englisch reduziert.

Begründung:

Mobilität für den bayerischen Arbeitsmarkt ermöglichen: Für Personen, die bereits mit dem klaren Ziel der Arbeitsaufnahme in den Freistaat kommen – vom spezialisierten IT-Experten bis zum Pflegehelfer –, ist der Führerschein oft die Voraussetzung für die Ausübung ihrer Tätigkeit. Um deren Einsatzfähigkeit unmittelbar sicherzustellen, soll die englische Sprache als funktionale Brücke erhalten bleiben. Dies erkennt an, dass diese Gruppe zur Stärkung der bayerischen Wirtschaft bzw. zur Sicherung der Daseinsvorsorge (Pflege) beiträgt und die Mobilität hierfür ein notwendiges Werkzeug ist.

Unterbindung von Integrationsvermeidung: Die Theorieprüfung darf kein Instrument sein, um die notwendige Auseinandersetzung mit der deutschen Landessprache zu umgehen. Während Arbeitsmigranten die englische Prüfung als zeitlich begrenzte Starthilfe für ihre Tätigkeit nutzen, müssen alle anderen Zuwanderergruppen von Beginn an auf die deutsche Verkehrssprache fokussiert werden. Dies erhöht die Verkehrssicherheit, da die Lesekompetenz für textbasierte Verkehrszeichen (z. B. „Anlieger frei“) im realen Straßenverkehr unverzichtbar ist.

Sprachliche Logik und Fehlerprävention: Die Beschränkung auf Englisch ist zudem sachlich durch die germanische Sprachverwandtschaft begründet. Viele Begriffe (Wochentage, technische Grundbegriffe) klingen im Englischen und Deutschen ähnlich oder sind identisch. Dies erleichtert den Übergang in die deutsche Praxis erheblich. Im Gegensatz dazu erschweren Fernsprachen mit völlig anderen Schriftsätzen oder Logiken das Verständnis für das deutsche Regelwerk und führen zu höheren Durchfallquoten.

Kostensenkung durch Entschlackung: Die Pflege von 12 verschiedenen Sprachkatalogen ist ein bürokratischer Anachronismus, der enorme Kosten bei der Erstellung und technischen Wartung der Prüfungssoftware verursacht. Die Reduzierung auf Deutsch und die zweckgebundene Ausnahme Englisch entschlackt das System massiv und schafft finanziellen Spielraum, um die Belastung durch Prüfungsgebühren für die bayerischen Bürger stabil zu halten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte
u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/9916

**Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen - Zweckgebundene Aus-
nahme nur für die Arbeitsmigration**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Striedl**
Mitberichterstatter: **Tobias Beck**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 10. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Jürgen Baumgärtner
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme dieser Voten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. – Gegenstimmen sehe ich keine, Stimmenthaltungen auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über den Antrag abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Statistiken

Integrierte EU-Statistiken zu landwirtschaftlichen Betrieben (2030-2039)

17.12.2025 - 25.03.2026

Drs. 19/9802, 19/11433

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/11433 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
 Unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der
 Lebensmittelversorgungs-kette
 05.12.2025 - 27.02.2026
 Drs. 19/9825, 19/11432

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
 die auf Drs. 19/11432 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Sortenschutz – Bewertung der EU-Rechtsvorschriften
 26.01.2026 - 20.04.2026
 Drs. 19/9842, 19/11434

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zur
 Kenntnis.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Nicole Bäuml u.a. SPD
Menschen mit seelischer Behinderung besser unterstützen!
Drs. 19/561, 19/11253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Attraktivität von Schulleitungsämtern steigern –
Ursachen erfassen und Handlungsbedarf ermitteln
Drs. 19/7372, 19/11289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprachförderung im Vorkurs Deutsch 240 verbindlich gestalten
Drs. 19/8413, 19/11384 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: Ein gewaltfreies Leben für Frauen ist Voraussetzung für ein sicheres Bayern!
Drs. 19/8833, 19/11386 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Wasserstoffhochlauf als gescheitert anerkennen – Staatsregierung muss Fehlentwicklungen stoppen und Steuergeldverschwendung beenden
Drs. 19/8957, 19/11266 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayern zum europäischen Spitzenstandort für kleine modulare Reaktoren (KMR) entwickeln
Drs. 19/8958, 19/11268 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Freies Bankgeschäft für alle:
Verhinderung politisch motivierten Debankings
Drs. 19/8971, 19/11271 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Potenziale von E-Autos als Stromspeicher endlich nutzbar machen!
Drs. 19/9242, 19/11272 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU Ferienangebote im Rahmen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung – Einbindung der Kinder- und Jugendarbeit
Drs. 19/9246, 19/11256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Schwächung des Kompetenzstandorts für Schweinehaltung Niederbayern – Staatsgut Kringell als Ausbildungs- und Bildungsort für tierwohlgerechte und ökologische Schweinehaltung dauerhaft erhalten!
Drs. 19/9332, 19/11257 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Jetzt PFAS-Forschung voranbringen
Drs. 19/9333, 19/11328 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Söders Wahlkampfversprechen endlich einlösen: Aktionsplan Queer jetzt vorlegen
Drs. 19/9413, 19/11387 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Barbara Becker, Maximilian Böttl, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Frauen als Gründerinnen unterstützen
Drs. 19/9594, 19/11275 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft: Ganzjahrestourismus fördern
Drs. 19/9603, 19/11258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft: Klimaanpassungsstrategien
Drs. 19/9604, 19/11259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft: Mobilität am Urlaubsort
Drs. 19/9605, 19/11260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Tourismus – fit für die Zukunft:
Bedeutung des Freizeitverkehrs in Bayern gerecht werden
Drs. 19/9606, 19/11261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Mehr Geld für heimische Wälder statt für fragwürdige
Klima-Regenwaldprojekte im Ausland: Jetzt Sonderförderung
für Spessart und Frankenwald initiieren
Drs. 19/9608, 19/11262 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung I:
Subsidiäre Schutzgewährung in der EU neu denken!
Drs. 19/9612, 19/11267 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung II: Wirkung der Bezahlkarte sichern – Umgehungsversuche sanktionieren!
Drs. 19/9613, 19/11269 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung III: Leistungsrechtliche Konsequenzen für Ausreisepflichtige massiv ausweiten!
Drs. 19/9614, 19/11270 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung IV:
Fallgruppen des dauerhaften Ausreisearrestes erweitern!
Drs. 19/9615, 19/11273 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung V:
Sanktionsmöglichkeiten bei ungeklärter Identität verschärfen!
Drs. 19/9616, 19/11274 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

27. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung VI:
Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorantreiben!
Drs. 19/9617, 19/11276 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rückkehr zu Humanität und Ordnung VII: „Extremismuscheck“ für Fördermittelempfänger im Migrations- und Asylbereich
Drs. 19/9618, 19/11278 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU Förderung von Nichtregierungsorganisationen aus dem Staatshaushalt – Transparenz herstellen!
Drs. 19/9641, 19/11389 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner, Holger Grießhammer u.a. SPD Gedenkstättenarbeit voranbringen I: Ertüchtigung des Bauamts Freising
Drs. 19/9652, 19/11290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner, Holger Grießhammer u.a. SPD Gedenkstättenarbeit voranbringen II: Update für pädagogische Programme in den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg
Drs. 19/9653, 19/11291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Gedenkstättenarbeit voranbringen III:
Pädagogisches Konzept für einen verpflichtenden Besuch von Schülerinnen und Schülern in einer KZ-Gedenkstätte erarbeiten
Drs. 19/9654, 19/11292 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Gedenkstättenarbeit voranbringen IV:
Außenlager der KZ-Gedenkstätten stärker zugänglich machen
Drs. 19/9655, 19/11293 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Anlasslose digitale Massenüberwachung verhindern –
Gegen jede Form von Chatkontrollen, ob verpflichtend oder freiwillig
Drs. 19/9660, 19/11281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Moratorium für die freiwillige Aufnahme und Neuansiedlung von Drittstaatsangehörigen in der EU sofort umsetzen
Drs. 19/9662, 19/11282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu den Ergebnissen der COP 30 – UN-Klimakonferenz in Belém, Brasilien
Drs. 19/9666, 19/11405 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU
Elektronischen Rechtsverkehr bei Gerichten beschleunigen – Anforderungen an Zustellungen vereinheitlichen
Drs. 19/9668, 19/11284 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle,
Dr. Stefan Ebner u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beschleunigter Ausbau öffentlich zugänglicher Elektroladesäulen
in Bayern
Drs. 19/9670, 19/11277 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel,
Leo Dietz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rahmenbedingungen für bestehende Biogasanlagen anpassen
Drs. 19/9672, 19/11279 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback,
Martina Gießübel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digitale Barrierefreiheit in zentralen IT-Systemen weiter voranbringen
Drs. 19/9674, 19/11390 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sozialstaat wieder gestalten statt verwalten II – Vereinfachungen in der Eingliederungshilfe
Drs. 19/9675, 19/11394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Sofortige Abschaffung des EU-CO₂-Grenzausgleichs (CBAM) zur Sicherung der bayerischen Industrie
Drs. 19/9677, 19/11280 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Finger weg vom Verbandsklagerecht – Gegen eine Einschränkung des Umweltverbandsklagerechts in Bayern
Drs. 19/9684, 19/11203 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm für günstigen Windstrom in Bayern
Drs. 19/9698, 19/11283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Pflege darf kein Armutsrisiko sein –
Bayern muss Heimkosten spürbar senken
Drs. 19/9699, 19/11252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Schluss mit der Dauerbelastung –
Transparenz zum Länderfinanzausgleich!
Drs. 19/9700, 19/11254 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Nachweis der Blauzungenkrankheit (BTV-3 und BTV-8) im Landkreis Berchtesgadener Land sowie zum aktuellen Geschehen zur Aviären Influenza
Drs. 19/9703, 19/11204 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Verbesserung der Karrierechancen und Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus an bayerischen Hochschulen
Drs. 19/9780, 19/11299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zusammenlegung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – rechtliche und organisatorische Möglichkeiten einer Fusion von Bayerischem Rundfunk und Südwestrundfunk
Drs. 19/9796, 19/11300 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern-Bausparer einführen – Förderung für Wohneigentum vereinfachen und bündeln!
Drs. 19/9805, 19/11225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Privates Kapital für die staatliche Wohnraumförderung mobilisieren -
Konservatives Anlageprodukt für bezahlbaren Wohnraum entwickeln
Drs. 19/9809, 19/11251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Neues Landesdesign im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) stoppen
Drs. 19/9836, 19/11397 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

53. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein gesonderter Sachkundenachweis für Landwirte
bei der Ausbringung von Biozidprodukten
Drs. 19/9838, 19/11263 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer u.a. SPD
Mehr Spielräume für kommunale Unternehmen
Drs. 19/9846, 19/11194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Geld für den kooperativen Naturschutz!
Drs. 19/9856, 19/11205 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratieabbau auch qualitativ weiterverfolgen:
Bericht über wegfallende Verwaltungsvorschriften
Drs. 19/9862, 19/11193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Milchmarktkrise entgegenwirken und bäuerliche Existenzen sichern –
Freiwilligen Lieferverzicht jetzt aktivieren
Drs. 19/9869, 19/11264 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Chancen der Neuen Genomischen Techniken (NGT) erkennen und nutzen
Drs. 19/9891, 19/11206 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
„Vogelbremsen“ / Antikollisions- und Abschaltssysteme beim
Windkraftausbau in Bayern – Art, Einsatz, Verbreitung und Wirksamkeit
Drs. 19/9903, 19/11329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Wirksamkeit der Bejagung von Wildgänsen aus umweltfachlicher Sicht
Drs. 19/9905, 19/11330 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

61. Antrag der Abgeordneten Christin Gmelch, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Nitratmessstellen in Bayern –
Gebietsausweisungen und Folgen für die Landwirtschaft
Drs. 19/9906, 19/11331 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

62. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bekanntnis zum Staatsgut Kringell als dauerhaftem Bildungsstandort in Niederbayern
Drs. 19/9907, 19/11265 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen –
Zweckgebundene Ausnahme nur für die Arbeitsmigration
Drs. 19/9916, 19/11408 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

64. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheitspaket bayerischer Nahverkehr – Einführung digitaler Hausverbote, strafrechtliche Flankierung, Verhinderung von Belastungen für den Steuerzahler durch konsequenten Regress und vollständige Kostenfreistellung der Verkehrsunternehmen
Drs. 19/9969, 19/11409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

65. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Schutzoffensive für das Zugpersonal –
Flächendeckende Ausstattung mit audiovisuellen Bodycams im bayerischen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sicherstellen
Drs. 19/9970, 19/11400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

66. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Volker Bauer u.a. CSU
Kürzungen des Bundes beim kooperativen Naturschutz zurücknehmen, mehr finanzielle Mittel bereitstellen
Drs. 19/9976, 19/11207 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Richtiges Agieren im Kontakt mit Wildtieren
Drs. 19/9978, 19/11332 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

68. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Ermäßigtes Deutschlandticket für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern
Drs. 19/9980, 19/11398 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

69. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Personenschutz statt Sparzwang:
Sicherheit für das Bahnpersonal erhöhen
Drs. 19/9982, 19/11399 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

70. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auswirkungen der EU-Einstufung des Sikawildes (*Cervus nippon*) als invasive gebietsfremde Art von unionsweiter Bedeutung
Drs. 19/9988, 19/11404 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

71. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digital Only –
Vollständige Digitalisierung der bauaufsichtlichen Verfahren
Drs. 19/9992, 19/11401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leerstand vermeiden – Kommunale Handlungsmöglichkeiten stärken
Drs. 19/9997, 19/11402 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

73. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Daniel Artmann u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Praxisnah ausbilden statt an die Küste zwingen –
Sportschiffahrt mit Augenmaß reformieren
Drs. 19/9998, 19/11403 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte, Daniel Halemba** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/9916, 19/11408

**Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen –
Zweckgebundene Ausnahme nur für die Arbeitsmigration**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Joachim Konrad

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Martin Behringer

Abg. Sabine Gross

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u. a. und Fraktion (AfD)

Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen - Zweckgebundene Ausnahme nur für die Arbeitsmigration (Drs. 19/9916)

Ich eröffne die Aussprache. Auch hier sind 29 Minuten vereinbart. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Deutsch ist hier in Deutschland nicht nur Alltagssprache, sondern auch Verkehrssprache, ob es Ihnen nun gefällt oder nicht. Verkehrsteilnehmer müssen nicht nur in der Lage sein, Verkehrsschilder und Piktogramme zu verstehen, sie müssen auch textbasierte Zusatzschilder lesen können: "Anlieger frei", "Landwirtschaftlicher Verkehr frei", "Rettungsgasse bilden" usw. Wer am Straßenverkehr teilnimmt, muss Wörter und Texte in deutscher Sprache lesen und verstehen können.

Dass Zuwanderer selbst ein Interesse haben sollten, die Landessprache zu lernen und sich hier zu integrieren, das hat sich bei der Masse der lieben Gäste leider als frommer Wunsch erwiesen. Darüber hinaus fordert der Staat auch keinerlei Integrationsleistung ein und stellt auch in einem Bereich wie dem Straßenverkehr, wo es um die Sicherheit und die körperliche Unversehrtheit seiner Bürger geht, sicher, dass man den lieben Gästen erst gar nicht mit unverschämten Forderungen nach Integration den All-inclusive-Aufenthalt in Deutschland verleidet und man sie gar nicht erst mit Forderungen nach dem Erlernen der deutschen Sprache belästigt.

So ist es in Deutschland möglich, die Führerscheinprüfung in insgesamt zwölf Fremdsprachen zu absolvieren: Englisch, Französisch, Griechisch, Hocharabisch – ganz wichtig heutzutage –, Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Rus-

sisch, Spanisch und selbstverständlich Türkisch. Der Fragenkatalog muss in all diese Sprachen übersetzt werden und für all diese Sprachen auch aktuell gehalten werden.

Die Problematik sehen nicht nur wir. Die SVG Hessen beschreibt Sprachbarrieren bei Lkw-Fahrern als Problem in Notfällen und bei der Kommunikation mit Einsatzkräften. Der Huss-Verlag veröffentlicht eigens eine Sprachhilfe für Fahrer, weil fremdsprachige Fahrer im Alltag häufig Verständigungsprobleme haben. ADAC, Allianz und andere Anbieter stellen mehrsprachige Unfallberichte bereit, weil Verständigungsprobleme nach Unfällen mit nicht deutschsprachigen Verkehrsteilnehmern regelmäßig auftreten.

Interessant ist außerdem das Thema Führerscheinprüfung für Busfahrer. Für Busfahrer hat die Bundesregierung erst vor drei Wochen die Möglichkeit geschaffen, in immerhin acht weiteren Sprachen außer der deutschen die Führerscheinprüfung abzulegen. Busfahrer, liebe Kollegen, sind jedoch nicht nur Fahrzeugführer, sie sind auch Ansprechpartner für Fahrgäste. Im Gegensatz zu anderen Berufskraftfahrern arbeiten sie direkt mit den Fahrgästen zusammen. Sie müssen Auskunft geben, auf Fragen reagieren und bei Problemen helfen. Bei Unfällen, medizinischen Notfällen und Evakuierungen müssen sie klar und verständlich mit Fahrgästen und Rettungsdiensten kommunizieren können.

Unter den acht Sprachen, in denen angehende Busfahrer die Führerscheinprüfung ablegen können, sind mit Russisch und Hocharabisch Sprachen, die ein völlig anderes Schriftsystem verwenden. Das heißt, der Busfahrer, der für die Sicherheit und die körperliche Unversehrtheit der Fahrgäste verantwortlich ist, muss nicht einmal in der Lage sein, die Schriftzeichen auf einem Stoppschild lesen zu können. Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen haben das Problem längst erkannt und bieten spezielle Deutschkurse für Berufskraftfahrer an.

Das könnte man sich alles sparen, wenn man vernünftige Deutschkenntnisse bereits vor dem Ablegen der Führerscheinprüfung erwerben müsste.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch, auf die vermeintlichen Gegenargumente des Kollegen von den FREIEN WÄHLERN im Ausschuss einzugehen: Unser Antrag, die Führerscheinprüfung künftig nur noch in deutscher Sprache abzulegen, schaffe – Zitat – "Integrationshürden ohne Mehrwert".

Liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, wenn man von einem Zuwanderer verlangt, dass er die deutsche Sprache so weit erlernt, dass er eine theoretische Führerscheinprüfung auf Deutsch absolvieren kann, dann ist das keine Integrationshürde ohne Mehrwert, sondern dann ist das eine Selbstverständlichkeit.

Man kann jetzt darüber spekulieren, welches Ziel Sie mit Ihrer Agenda der Masseneinwanderung verfolgen. Dass Zuwanderer die deutsche Sprache lernen und sich irgendwann so weit integrieren, dass sie vielleicht ansatzweise einen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen können, scheint jedenfalls nicht in Ihrem Sinne zu sein.

Darüber hinaus fand der Kollege unseren Hinweis auf die germanische Sprachverwandtschaft zwischen der deutschen und der englischen Sprache – Zitat – "irritierend". Irritierend ist hier höchstens die mangelnde Schulbildung des Kollegen. Die Sprachverwandtschaft bestand schon lange vor Gründung der AfD. Die haben wir uns nicht ausgedacht.

(Beifall bei der AfD)

Wer in Deutschland leben will, der hat unsere Landessprache zu lernen. Wer in Deutschland eine Führerscheinprüfung absolvieren will, der hat sie erst recht zu lernen. Ich bitte um Zustimmung und bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Joachim Konrad.

Joachim Konrad (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion trägt den vollmundigen Titel "Vorrang für die

deutsche Sprache im Verkehrswesen". Wer den Antrag liest, der merkt schnell: Es geht hier nicht um Verkehrssicherheit. Es geht um eines, um die politisch motivierte Schlechterstellung bestimmter Zuwanderergruppen. Das lassen wir nicht unwidersprochen.

Erster Punkt. Das Sicherheitsargument ist vorgeschoben. Die Antragsteller behaupten, die Lesekompetenz für deutschsprachige Verkehrszeichen sei im realen Straßenverkehr unverzichtbar. Das klingt plausibel, ist aber bei näherer Betrachtung schlicht falsch: Die weit überwiegende Mehrheit der Verkehrszeichen in Deutschland ist bildbasiert und international genormt. Ein Stopp-Schild, ein Vorfahrtszeichen, ein Überholverbot – all das versteht man ohne ein einziges deutsches Wort. Textbasierte Zusatzzeichen wie "Anlieger frei" sind die Ausnahme, nicht die Regel. Solche Formeln sind in der Regel schnell verinnerlicht.

Zweitens. Die sprachliche Logik ist pseudowissenschaftlich. Besonders bemerkenswert ist die Begründung, die Beschränkung auf Englisch sei durch die germanische Sprachverwandtschaft gerechtfertigt. Wer dieses Argument ernst nimmt, müsste konsequenterweise auch Niederländisch, Schwedisch und Dänisch zulassen, allesamt Sprachen, die näher am Deutschen sind als das Englische. Er müsste auch erklären, warum ein türkischer Facharbeiter, der seit Jahren in Bayern lebt, arbeitet und Steuern zahlt, die Prüfung nicht in seiner Sprache ablegen darf,

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD))

während ein englischsprachiger Bewerber aus einem Drittland mit Arbeitsvisum diese Möglichkeit erhält. Das ist keine Logik, das ist Willkür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Drittens. Der innere Widerspruch Ihres Antrags. Dieser Antrag scheitert bereits an seiner inneren Logik. Die AfD behauptet, Deutschkenntnisse seien für die Verkehrs-

sicherheit essenziell. Gleichzeitig fordert sie, dass Arbeitsmigranten die Prüfung auf Englisch ablegen dürfen. – Diese beiden Positionen schließen sich gegenseitig aus.

(Widerspruch bei der AfD)

– Nein, entweder ist die Sprache ein Sicherheitsfaktor, dann gilt das für alle. Oder sie ist es nicht, dann braucht es Ihren Antrag nicht.

Was bleibt, wenn man die Sicherheitsargumente beiseitelegt? – Die Botschaft, die übrig bleibt, ist diese: Wer aus humanitären Gründen oder zum Zweck des Familiennachzugs nach Bayern kommt, soll es schwerer haben – nicht sicherer, schwerer.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD))

Das nennen wir beim Namen: Das ist Diskriminierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierter und letzter Punkt ist die wirtschaftspolitische Realität. Bayern hat eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland und gleichzeitig mit den größten Fachkräftemangel im Verkehrs- und Logistiksektor. Busfahrer, Pflegekräfte, Bauarbeiter – sie alle brauchen einen Führerschein, um ihren Beruf ausüben zu können. Wenn wir für internationale Arbeitskräfte unnötige bürokratische Hürden aufbauen, dann schaden wir dem bayerischen Mittelstand, dem Handwerk, den Kliniken, den Pflegeheimen. Wir schaden Bayern.

Meine Damen und Herren, wir stehen für eine Verkehrspolitik, die der Sicherheit dient und die wirtschaftlich vernünftig ist. Dieser Antrag erfüllt dies nicht, sondern dient einzig und allein der Diskriminierung. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Fachkräftemangel gibt es übrigens auch in der Politik. Das wollte ich noch mal anmerken. Es ist wichtig, dass ich das jetzt hier sage.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr müsst es ja wissen, wann die Leute bei euch im Plenarsaal sind! Da könnt ihr mal mit dem Striedl reden! – Unruhe)

– Doch, doch, das stimmt.

Jetzt habe ich eine Nachfrage zu dem, was Sie gerade gesagt haben. Ein türkischer Arbeiter, der hier sehr gut integriert ist, der hier schon sehr lange wohnt, kann doch Deutsch. Sie haben gesagt, er soll die Prüfung auf Türkisch ablegen können. Aber ich verstehe das nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Das glaube ich! Sie verstehen einiges nicht!)

Wenn jemand hier jahrelang wohnt und sich auch in die Arbeitswelt integriert, dann muss er sich doch auch sprachlich integrieren. Das ist doch völlig falsch, was Sie gerade gesagt haben. Das müssen Sie doch mal zugeben. Wer hier lange lebt, der soll Deutsch lernen und soll dann auch eine Prüfung auf Deutsch machen.

Joachim Konrad (CSU): Herr Kollege Mannes, der Fachkräftemangel in der Politik greift nur in einer Fraktion um sich, nämlich in der AfD-Fraktion.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Redner aller anderen Fraktionen sind rechtzeitig da, wenn sie reden müssen.

Jetzt kommen wir zu Ihrer Argumentation. Es gibt auch viele deutsche Schülerinnen und Schüler an den Fahrschulen, die den Führerschein nicht bestehen. Wie soll man von jemandem verlangen, der vielleicht nur zwei oder drei Jahre bei uns ist, beispielsweise im Bau seinen Mann oder seine Frau steht und wirklich einen Beitrag zu unserer

Wirtschaft leistet, einen derart komplizierten Vorgang nachzuvollziehen? Ich möchte mich wiederholen: Ihr Antrag ist reine Diskriminierung und sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Dr. Markus Büchler.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn es so entscheidend für das Führen und Fahren eines Kraftfahrzeugs wäre, das Zusatzschild "Anlieger frei" lesen zu können, dann dürften wir alle, insbesondere die AfD, auch nicht in Portugal, in Litauen oder in Frankreich herumfahren, weil wir wahrscheinlich in diesen Sprachen solche Zusatzschilder auch nicht lesen können. Es ist ein großes Glück, dass die Führerscheine in vielen Ländern gültig sind und man sich frei damit bewegen kann. Die genormten einheitlichen Verkehrszeichen bieten einen Vorteil, weil sie überall verstanden werden. An dieser Stelle gibt es kein Problem.

Abgesehen davon, dass der Führerscheinerwerb generell zu teuer ist, haben wir das Problem, dass wir vor allem beim Erwerb der Zusatzqualifikationen eher zu wenig Sprachen ermöglichen. Wir haben bei Busfahrerinnen und Busfahrern und auch bei Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrern einen gravierenden Fachkräftemangel. Das liegt unter anderem daran, dass die Zusatzqualifikationen heute nur in sehr wenigen Sprachen erworben werden können. Dazu zählt beispielsweise die Ladungssicherung bei den Lkw-Fahrern. Mir persönlich und auch den Spediteuren in unserem Land ist es ziemlich wurscht, ob jemand über die Ladungssicherung auf Arabisch, Russisch oder in einer anderen Sprache nachdenkt – Hauptsache, es wird gescheit gemacht. Insofern besteht an dieser Stelle noch Verbesserungspotenzial, mehr Sprachen zuzulassen, um entsprechend Fachkräfte gewinnen zu können. Allgemein ist der Führerschein ein wichtiger Schlüssel für die Mobilität und für den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ihnen geht es nicht um die Verkehrssicherheit, sondern offenkundig um Diskriminierung und um Ausgrenzung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Das

ist gerade von Ihrem Redner dargelegt worden. Sie wollen den Leuten auf dem Weg zur Integration Prügel zwischen die Beine werfen. Das haben Sie vor. Sie wollen die Gesellschaft spalten und die Menschen aufhetzen. Sie schaffen es sogar bei einem völlig sachlichen Thema wie der Frage des Führerscheinerwerbs, Ihren rassistischen Unterton hineinzutragen. Das ist abscheulich. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der AfD: Oh!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Martin Behringer spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir FREIEN WÄHLER werden diesen Antrag genauso wie im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr ablehnen. Wer die Realität vieler Menschen betrachtet, erkennt schnell, dass ein Führerschein weit mehr als eine Frage der Sprache ist. Mobilität bedeutet Zugang zum Arbeitsmarkt, Selbstständigkeit im Alltag und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade im ländlichen Raum, in dem öffentliche Verkehrsangebote häufig begrenzt sind, ist der Führerschein oftmals die entscheidende Voraussetzung, um überhaupt eine Beschäftigung aufzunehmen oder dauerhaft auszuüben. Wenn man die deutsche Sprache nicht perfekt beherrscht, heißt das nicht automatisch, dass man die Verkehrsregeln nicht versteht und ein Sicherheitsrisiko darstellt. Das hat Herr Nolte so dargestellt.

Daher sollten wir uns die Frage stellen: Wollen wir Menschen aufgrund sprachlicher Defizite von Mobilität, Erwerbstätigkeit und gesellschaftlicher Integration ausschließen, obwohl sie die praktischen Anforderungen des Straßenverkehrs erfüllen können? Gerade in Zeiten eines zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangels können wir es uns nicht leisten, zusätzliche Hürden aufzubauen. Besonders betroffen wären Berufsgruppen, auf die unsere Wirtschaft und unser Alltag tagtäglich angewiesen sind. Dazu zählen Paketfahrer, Busfahrer, Lkw-Fahrer und Beschäftigte in der Logistik, im Handwerk oder in der Pflege. Wer die theoretische Führerscheinprüfung ausschließlich auf

Deutsch zulassen will, muss auch die Konsequenzen seines Vorschlags benennen. Viele Menschen, die bereits arbeiten oder arbeiten möchten, würden dadurch deutlich größere Schwierigkeiten haben, eine Fahrerlaubnis zu erwerben. Der ohnehin bestehende Arbeits- und Fachkräftemangel in diesem Bereich würde sich noch massiv verschärfen.

Auch das gehört zur Wahrheit: Die Auswirkungen würden am Ende nicht nur die Betroffenen selbst spüren, sie würden auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger treffen, die heute vielleicht geneigt sind, einem solchen Antrag zuzustimmen. Wenn weniger Busfahrer zur Verfügung stehen, werden Verbindungen eingeschränkt. Wenn weniger Lkw-Fahrer und Zusteller arbeiten können, geraten Lieferketten unter Druck und Pakete kommen später an. Wer Mobilität erschwert, erschwert am Ende auch das Funktionieren unseres Alltags. Leider verschweigen die Antragsteller diese praktischen Folgen ihres Vorschlags. Sie sprechen über Sprache, aber nicht über die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Versorgung und Wirtschaft.

Hinzu kommt, dass die theoretische Fahrerlaubnisprüfung in erster Linie der Überprüfung von Verkehrskennnissen und nicht der Überprüfung allgemeiner Deutschkenntnisse dient. Wer die Regeln des Straßenverkehrs versteht, sollte die Möglichkeit haben, dieses Wissen auch in einer Sprache nachzuweisen, die er sicher beherrscht. Verkehrssicherheit entsteht durch Verständnis der Regeln, nicht durch das Beherrschen komplizierter Fachbegriffe.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Frage; Herr Kollege Bächler hat das nämlich auch schon ausgeführt. Wenn wir nach Italien, Spanien oder Frankreich in den Urlaub fahren, wird von uns nicht verlangt, die jeweilige Landessprache oder gar die verkehrsrechtliche Fachsprache zu beherrschen. Muss jemand vor der Einreise zum Beispiel nach Italien nachweisen, dass er alle verkehrsrechtlichen Fachbegriffe auf Italienisch aufsagen kann? – Das hat bestimmt noch keiner erlebt. Vielleicht kennt die AfD die ganzen russischen Begriffe, aber wahrscheinlich nicht die Begriffe in allen anderen Sprachen.

Wir vertrauen darauf, dass uns Verkehrszeichen, Piktogramme und europaweit weitgehend harmonisierte Regeln vermitteln, was erlaubt ist und was nicht. Genau deshalb funktionieren grenzüberschreitende Mobilität und Freizügigkeit in Europa seit Jahrzehnten so erfolgreich. Wir sollten uns deshalb gut überlegen, welchen Weg wir einschlagen wollen. Wollen wir den Weg einer offenen, pragmatischen und selbstbewussten Gesellschaft einschlagen? Oder wollen wir eine Politik, die Probleme nicht löst, sondern neue Hürden errichtet und Menschen gegeneinander ausspielt? Wir sollten Menschen nicht vor die Wahl stellen, entweder perfekte Sprachkenntnisse nachzuweisen oder auf berufliche Chancen oder gesellschaftliche Teilhabe zu verzichten. Stattdessen brauchen wir pragmatische Lösungen, die Verkehrssicherheit gewährleisten und gleichzeitig Integration ermöglichen. Ich persönlich entscheide mich für Offenheit, Vernunft und Integration statt für Ausgrenzung und Symbolpolitik. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat die Kollegin Sabine Gross für die SPD-Fraktion.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion ist abzulehnen. Mit diesem Antrag verbreitet die AfD-Fraktion erneut ihr fremdenfeindliches Gedankengut. Ja, es ist richtig, dass die theoretische Führerscheinprüfung in zwölf Fremdsprachen abgelegt werden kann. Das ist auch völlig in Ordnung. Die theoretische Prüfung verlangt nämlich bei uns keine Lese- und Schreibfähigkeit der deutschen Sprache. Auf formlosen Antrag kann bei Vorliegen einer Lese- und Schreibschwäche diese Prüfung sogar komplett mündlich abgelegt werden. Die Verständigung bei der praktischen Fahrprüfung erfolgt jedoch immer auf Deutsch, genauso wie die praktische Ausbildung. Stellt ein Prüfer fest, dass eine Kommunikation auf Deutsch nicht möglich ist, kann er sogar die Prüfung ablehnen. Dass die theoretische Prüfung auch in einer anderen Sprache abgelegt werden

kann, bedeutet also keineswegs, dass der Prüfling nicht des Deutschen mächtig sein muss.

Mobilität ist heute eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufnahme einer Beschäftigung. Die Berechtigung, ein Kfz zu führen, ist daher gerade auch aus integrationspolitischen Gründen von sehr großer Bedeutung, nicht nur für anerkannte Arbeitsmigranten. Es geht auch nicht nur darum, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit als Taxi- oder Kurierfahrer oder im Bereich der ambulanten Pflege zu eröffnen. Es geht auch darum, dass sie zuverlässig ihren Arbeitsplatz erreichen, auch im ländlichen Raum und auch zu jeder Tageszeit.

Es dürfte Konsens in diesem Hohen Haus sein, dass wir dafür sorgen müssen, dass Migranten, egal woher sie kommen, so schnell wie möglich ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und in unsere Sozialversicherungssysteme einzahlen. Das Fehlen einer Fahrerlaubnis kann hierbei eine große Hürde sein. Gleichzeitig bietet die Möglichkeit, die theoretische Prüfung in einer Fremdsprache abzulegen, auch die Chance, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Nicht ohne Grund hat das Bundeskabinett beschlossen, die Prüfung zur beschleunigten Grundqualifikation von Lkw- und Busfahrern in acht Fremdsprachen zuzulassen.

Die AfD-Fraktion versucht, sinnvolle Integrationspolitik zu vereiteln und mit allen Mitteln die Arbeitsaufnahme von Migranten zu erschweren. Das ist nicht verwunderlich. So kann sie ihre Erzählungen von Migranten, die unsere Sozialversicherungssysteme ausplündern, weiterhin aufrechterhalten. Das ist eine rein fremdenfeindliche Intention. Darauf verweist auch, dass hier gefordert wird, man solle nur Englisch als Fremdsprache bei der theoretischen Prüfung zulassen, weil es sich um eine germanische Sprache handele. Das ist zwar im Grunde nicht falsch, allerdings besteht der moderne englische Wortschatz aus vielen romanischen Elementen. Ein interessanter Fakt am Rande für diejenigen, die sich für Sprache interessieren: Die germanische Sprache, die dem Deutschen am ähnlichsten ist, ist Jiddisch.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag ist abgelehnt.